

## Die Wehrhafte Demokratie als Ideologisches Vehikel der Zeitenwende

von Maarten van Melis

### Inhaltsverzeichnis

Die Renaissance der Wehrhaften Demokratie im Kontext der Zeitenwende.....	2
Begriffsherkunft – Von der Weimarer Republik bis zur Zeitenwende .....	2
Forschungsstand.....	3
Verteidigungspolitische Richtlinien 2023 - Drei Kernnarrative .....	3

1. Kernnarrativ - Das Narrativ der Äußeren Bedrohung .....	3
2. Kernnarrativ - Die Alternativlosigkeit Militärischer Aufrüstung .....	4
3. Kernnarrativ - Wehrhafte Demokratie als Gesamtgesellschaftliche Aufgabe .....	5
Von der Wehrhaften Demokratie zum Operationsplan Deutschland .....	5
Fazit.....	6
Quellen.....	7

## Die Renaissance der Wehrhaften Demokratie im Kontext der Zeitenwende

Seit Beginn des Ukraine-Krieges hat der Begriff der „wehrhaften Demokratie“ eine Renaissance erfahren und sich als ideologischer Bezugsrahmen der Zeitenwende etabliert. Der Krieg wird von der Bundesregierung nicht nur als unmittelbare Bedrohung für die Ukraine selbst verstanden, sondern auch als Angriff auf den gesamten Westen. Die zentrale Devise lautet somit, militärisch aufzurüsten, um die Demokratie zu schützen. Entsprechend werden auch massive Investitionen in die Bundeswehr mit dem Schutz der demokratischen Ordnung vor russischer Aggression legitimiert, beispielsweise die Einigung der NATO-Bündnisstaaten auf eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 3,5 % des BIP und weitere 1,5 % für weitere verteidigungsrelevante Ausgaben.<sup>1</sup> Bundeskanzler Friedrich Merz fordert gar, die Bundeswehr solle „konventionell zur stärksten Armee Europas“ werden, auch dies diene der Verteidigung und Wahrung der demokratischen Freiheit.<sup>2</sup> Diese Art der Legitimierung militärischer Hochrüstung ist nicht neu, bereits 2002 behauptete der damalige Verteidigungsminister Peter Struck, dass „unsere Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt wird“ und konstruierte somit den Afghanistaneinsatz unter Beteiligung der Bundeswehr als unmittelbar notwendige Maßnahme zum Schutz der nationalen Sicherheit.<sup>3</sup> Neu im Kontext des Ukraine-Krieges ist jedoch, dass die Legitimierung sicherheitspolitischer Entscheidungen zunehmend über den Demokratiebegriff erfolgt; besonders der Begriff der wehrhaften Demokratie gewinnt dabei an Popularität. Spätestens seit der Zeitenwende etabliert sich dieser Terminus zunehmend als zentrales (außenpolitisches) Paradigma und dient zugleich als Legitimationsstrategie deutscher Aufrüstung. Selbst Armin Papperger, Vorstandsvorsitzender des größten deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall, antwortet auf die Frage, ob man Geschäfte mit dem Krieg machen darf: „Eine Nation, die nicht wehrhaft ist, ist verloren. Wir müssen Deutschland und Europa wieder wehrhaft machen, sodass wir unsere Demokratie und unsere Sicherheit schützen können.“<sup>4</sup> Carlo Marsala fordert indessen eine Bundeswehr, „die woke im besten Sinne des Wortes ist, wehrhaft und bis an die Zähne bewaffnet“.<sup>5</sup> Die fortschreitende Militarisierung erscheint in diesem Kontext als ausschließlich defensive und notwendige Maßnahme zur Verteidigung der Demokratie als reaktive Antwort auf Russlands Angriffskrieg. Ein im hegemonialen Diskurs überwiegend positiv konnotierter Demokratiebegriff wird herangezogen, um sicherheitspolitische Maßnahmen normativ zu legitimieren. Dass dieser Begriff jedoch nicht nur diskursiv verwendet wird, sondern auch eine zunehmende Institutionalisierung erfährt und die staatliche Hochrüstung strategisch beeinflusst, zeigt die für diese Studie vorgenommene Analyse der Verteidigungspolitischen Richtlinien 2023 (VPR) des Bundesministeriums der Verteidigung.<sup>6</sup>

Dieser Studie geht eine umfassende diskursanalytisch-wissenschaftliche Arbeit voraus, deren methodische und theoretische Ergebnisse hier in kompakterer Form einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden sollen.

Im Folgenden wird zunächst auf die historische Genese des Begriffs der wehrhaften Demokratie eingegangen. Anschließend werden drei Kernnarrative deutscher Aufrüstung anhand der VPR hervorgehoben, ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem Begriff der wehrhaften Demokratie. Abschließend wird der Operationsplan Deutschland (OPLAN) einbezogen, ein zentrales Planungsdokument der Bundeswehr, das die in den VPR formulierten Zielsetzungen in einen konkreteren operativen Handlungsrahmen übersetzt.

## Begriffsherkunft – Von der Weimarer Republik bis zur Zeitenwende

Die Forderung nach einer wehrhaften Demokratie erfährt im Kontext der Zeitenwende eine neue politische Aufmerksamkeit. Der Begriff findet dabei zunehmenden Einzug in außen- und sicherheitspolitische Diskurse und wird als Argument für militärische Aufrüstung und sicherheitspolitische Entscheidungen herangezogen. Diese Verwendung weicht deutlich ab von seinem historischen Ursprung. Ursprünglich bezeichnet die wehrhafte Demokratie ein primär innenpolitisches, verfassungsrechtliches Konzept, das dem Schutz der demokratischen Ordnung vor extremistischen Bedrohungen dienen soll und kaum auf außen- oder sicherheitspolitische Kontexte priorisiert war.

Die historische Genese der wehrhaften Demokratie geht bis zur Zeit der Weimarer Republik zurück und weist eine enge Verknüpfung des Begriffs mit der deutschen Vergangenheit auf. Der Politikwissenschaftler und Militärsoziologe Dietmar Schössler bezeichnet den Begriff einer „wehrhaften“ oder „wachsamen“ Demokratie als einen Schlüsselbegriff in der politischen Sprache der (west-)deutschen Nachkriegsgesellschaft.<sup>7</sup> Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland war von Beginn an vom Untergang der Weimarer Republik und der vermeintlichen Wehrlosigkeit der Demokratie gegenüber politischem Extremismus geprägt. Bereits der antiliberalen Staatsrechtler und Kronjurist des Dritten Reiches Carl Schmitt attestierte dem Liberalismus eine Unfähigkeit, sich gegen Feinde zu wehren.<sup>8</sup> Erste konkrete Ideen einer wehrhaften Demokratie gehen auf den Juristen Karl Loewenstein und dessen Konzept einer „militanten Demokratie“ aus dem Jahr 1937 zurück.<sup>9</sup> <sup>10</sup> Aufgrund des Scheiterns der Weimarer Republik wurde nach dem Zweiten Weltkrieg auf politischer Ebene die Notwendigkeit gesehen, dass die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland mit Instrumentarien ausgestattet sein müsse, mit denen die demokratische Grundordnung nachhaltig vor „Feinden“ geschützt werden könne. Im Kern geht es also darum, dass Verfassungsfeinde unter Berufung auf und Ausnutzung durch die vom Grundgesetz gewährten Freiheiten die Verfassung nicht gefährden, beeinträchtigen oder zerstören dürfen. Explizit drückt sich das Konzept der wehrhaften Demokratie durch die verfassungsrechtlichen Maßnahmen aus, verfassungsfeindliche Vereine oder Parteien zu verbieten, die staatliche Parteienfinanzierung zu entziehen und verfassungsfeindliche Richter in ein anderes Amt oder in den Ruhestand zu versetzen. Eine zentrale Rolle kommt

dabei den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder zu, deren Aufgabe es ist, potenzielle „Feinde der Demokratie“ zu identifizieren. In Anbetracht der Entstehungsgeschichte des Verfassungsschutzes, seiner personellen Kontinuitäten zum NS-Staat sowie späterer personeller Besetzungen, beispielsweise während der Amtszeit unter Präsidenten Hans-Georg Maaßen, wird deutlich, dass auch das Konzept der wehrhaften Demokratie einer ideologischen Aufladung unterliegt und „Feinde der Demokratie“ historisch primär im linken politischen Spektrum verortet wurden. Entsprechend fand das Konzept der wehrhaften Demokratie vornehmlich Anwendung zur Legitimation staatlicher Maßnahmen gegen Linke. Exemplarisch hierfür stehen das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands im Jahr 1956, die Verabschiedung der Notstandsgesetze im Jahr 1968 sowie der Radikalenerlass im Jahr 1972.

## Forschungsstand

In Anbetracht der Popularität des Begriffs der wehrhaften Demokratie in gegenwärtigen Medien und der Politik überrascht die unzureichende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Verwendung und Funktion des Begriffs in außenpolitischen Diskursen. Bestehende sozialwissenschaftliche Forschung hat die Idee einer wehrhaften Demokratie zwar bereits breit diskutiert, jedoch eben vorrangig unter Berücksichtigung des Begriffs als innenpolitisches Konzept. Mit dieser Studie soll zu einer breiteren wissenschaftlichen Untersuchung des Begriffs sowie einer kritischen Auseinandersetzung mit deutscher Aufrüstung und staatlichen Legitimationsstrategien beigetragen werden.

Hendrik Hegemanns Sammelbandkapitel „Innere Zeitenwende? Die wehrhafte Demokratie in der Nationalen Sicherheitsstrategie“ (NSS) (2025) ist als Ausnahme zu benennen. Hegemann untersucht unter anderem die Begriffsbedeutung innerhalb der NSS und argumentiert, dass diese dazu beigetragen hat, den Terminus (auch) als zentrales Paradigma der Sicherheits- und Außenpolitik zu etablieren. Für diese Studie ist besonders der Befund relevant, dass Hegemann eine unpräzise Begriffsverwendung kritisiert und der Begriff der wehrhaften Demokratie trotz fehlender Definition als „Heils- und Hoffnungsversprechen“ in Krisenzeiten verwendet wird.<sup>11</sup> Vor diesem Hintergrund ist zu untersuchen, inwiefern der Begriff der wehrhaften Demokratie in den VPR verwendet wird, um deutsche Aufrüstung und Militarisierung zu legitimieren. Die VPR bauen zeitlich sowie inhaltlich auf der NSS auf und sind als strategisches Grundsatzdokument für die langfristige Ausrichtung deutscher Außenpolitik leitend. Es werden drei Kernnarrative identifiziert, die im nachfolgenden Kapitel erläutert sowie ausführlicher diskutiert werden. Zur tiefergehenden theoretischen und gesellschaftlichen Einordnung der Ergebnisse wird die Legitimationstheorie des Sprachwissenschaftlers Theo Van Leeuwen herangezogen, die untersucht, wie Sprache zur Etablierung von Legitimität beiträgt.<sup>12</sup>

## Verteidigungspolitische Richtlinien 2023 - Drei Kernnarrative

Die VPR sind im November 2023 erschienen und stellen neben der NSS derzeit das aktuellste und relevanteste öffentlich zugängliche verteidigungspolitische Dokument Deutschlands dar. Die VPR dienen als Leitdokument für die Bundeswehr, verfolgen jedoch explizit einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz, der sich auch an Staat und Gesellschaft richtet. Der sicherheitspolitische Stellenwert des Dokuments sowie die darüber hinausgehende Adressierung der gesamten Gesellschaft verdeutlichen die Notwendigkeit einer tiefergehenden Analyse der im Dokument vertretenen Kernnarrative.

Die VPR umfassen 36 Seiten, aufgeteilt in fünf Kapitel. Die Zeitenwende und der damit zusammenhängende Ukraine-Krieg stellen den Ausgangspunkt der VPR dar. Deutlich wird dies durch den ersten Satz des Dokuments: „Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. Deutschland und seine Verbündeten müssen sich wieder mit einer militärischen Bedrohung auseinandersetzen.“ (VPR: Seite 7).

Wehrhaftigkeit bzw. eine wehrhafte Demokratie wird in den VPR von Beginn an als übergeordnetes Ziel formuliert, dem „alle Strukturen und Prozesse“ untergeordnet werden müssen, um „auch künftig in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben zu können“ (VPR: 9). In den VPR wird ein „gemeinsames Selbstverständnis von Wehrhaftigkeit“ formuliert, welches dem Begriff, losgelöst vom historischen Ursprung, eine neue Konnotation und Bedeutung verleiht: „Wehrhaftigkeit beschreibt die innere Haltung zur Verteidigungsbereitschaft der gesamten Bundeswehr mit langfristiger Strahlkraft in alle verteidigungsrelevanten Bereiche und in die deutsche Gesellschaft.“ (VPR: 27). Als Referenzpunkt werden erneut die Zeitenwende sowie die Verletzung der internationalen Ordnung betont. Daraus resultierend seien „auch in Deutschland die gesellschaftlichen Erwartungen an eine wehrhafte Demokratie gestiegen“ (VPR: 27).

### 1. Kernnarrativ - Das Narrativ der Äußeren Bedrohung

Das erste Kernnarrativ, das in den VPR als Legitimationsstrategie dient, ist die diskursive Inszenierung einer äußeren Bedrohung. Die geforderte Wehrhaftigkeit wird konstant im direkten Zusammenhang mit der von Russland ausgehenden Bedrohung für „unsere Sicherheit“ legitimiert. Bereits im ersten Kapitel der VPR wird dies verdeutlicht: „Die Russische Föderation bleibt ohne fundamentalen inneren Wandel dauerhaft die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit im euroatlantischen Raum.“ (VPR: 9). Russland wird als „mindestens ebenbürtiger Gegner“ beschrieben (VPR: 27). Trotz der Zentralität des Bedrohungsszenarios wird dieses im Dokument nicht spezifiziert. Der Ukraine-Krieg wird zur Legitimation genannt, jedoch ohne zu erläutern, auf welche Weise sich diese Bedrohung für Deutschland konkret äußert. So bleibt unklar, ob von einer direkten militärischen Gefahr, einer hybriden Bedrohung oder einer indirekten Gefährdung durch einen Angriff auf einen NATO-Partner ausgegangen wird.

Der Sprachwissenschaftler Van Leeuwen betont, dass ein Mittel zur Etablierung von Legitimität Moralisierung sein kann: Durch die Verwendung von Adjektiven und bestimmten Begriffen werden moralische Werte angedeutet, die zur Legitimation beitragen. Während Van Leeuwen als Beispiel die Politik des ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush heranzieht, der seine Feinde als „Achse des Bösen“ markiert, ist eine ähnliche Legitimationsstrategie in den VPR erkennbar. Russland wird als externe autokratische Bedrohung dem demokratischen, freiheitlichen Westen gegenübergestellt und Deutschland dabei als Verteidiger der „regelbasierten internationalen Ordnung“ inszeniert. Systemische Missstände liberaler Demokratien, etwa die selektive Geltung des Völkerrechts, werden ausgeblendet. Dass Deutschland als Staat auch eigene außenpolitische Interessen verfolgt, wird durch eine normative Selbsterhöhung diskursiv verschleiert.

Bedeutsam ist ebenfalls, dass das Narrativ einer äußeren Bedrohung unweigerlich mit einer Homogenisierung gesellschaftlicher Interessen und einem national gerahmten „Wir“ einhergeht. Die militärische Aufrüstung diene „unserer Wehrhaftigkeit“ und „unserer Sicherheit“. Dabei bleibt jedoch unklar, auf wen sich dieses generierte „Wir“ bezieht und in welchem Ausmaß die Bedrohung Deutschland, die EU oder die NATO betrifft. Durch die diskursive Homogenisierung der deutschen Gesellschaft sowie der Gleichsetzung der Interessen des deutschen Staates und der in ihm lebenden Bürger, wird ein kollektiver Zusammenhalt konstruiert, der als Gegenspieler zur konstruierten äußeren Bedrohung fungiert.

## 2. Kernnarrativ - Die Alternativlosigkeit Militärischer Aufrüstung

Das zweite Kernnarrativ konstruiert militärische Aufrüstung als zwingende und alternativlose Konsequenz der in den VPR postulierten Wehrhaftigkeit. Die Kernnarrative stehen dabei in einem wechselseitigen Zusammenhang und legitimieren sich gegenseitig: Die zuvor dargestellte äußere Bedrohung Russlands bildet die argumentative Voraussetzung dafür, Aufrüstung als alternativloses Mittel zum Erhalt von Frieden, Freiheit und Sicherheit darzustellen.

Aus der in den VPR postulierten Wehrhaftigkeit wird die Notwendigkeit militärischer Aufrüstung abgeleitet. Den VPR liegt das Primat der Abschreckung zugrunde: Folglich steht nicht die Frage, ob aufgerüstet werden soll, sondern wie dies passiert, im Mittelpunkt. Die Bundeswehr müsse jederzeit kampfbereit sein, „mit dem Anspruch auf Erfolg im hochintensiven Gefecht. Nur so wird Abschreckung glaubwürdig und Frieden gewährt.“ (VPR: 9). Die Strukturen und Prozesse der Bundeswehr werden an einem „Szenario des Kampfes“ gemessen, den man gegen Russland „gewinnen“ müsse (VPR: 27). Verstärkend wird in den VPR das Narrativ einer unterfinanzierten Bundeswehr vermittelt. So wird beispielsweise auf den „erheblichen Aufholbedarf der Bundeswehr“ sowie Defizite „aus der Vergangenheit, insbesondere jahrzehntelange Unterfinanzierung“ verwiesen (VPR: 10; 27). Dadurch wird die Argu-

mentation gestützt, dass der deutsche Staat nicht aufrüste, sondern lediglich bestehende Missstände der vergangenen Jahre ausgleiche.

Dadurch, dass die deutsche Aufrüstung stets im Kontext des Ukraine-Krieges und der Zeitenwende begründet wird, erscheinen militärische Maßnahmen als reaktive Antwort auf eine externe Bedrohung und werden zugleich in einen defensiven Rahmen gesetzt. Diese Darstellungsweise lässt sich mit Van Leeuwens Legitimationstheorie einordnen. Mit dem Begriff der „Naturalisierung“ beschreibt er, wie politische Entscheidungen durch das Suggestieren von Rationalität und die Herstellung vermeintlich objektiver Zusammenhänge beeinflusst werden. Militärische Hochrüstung erscheint somit nicht als politisch verhandelbare Option, sondern als sachlich gebotene und alternativlose Reaktion auf die äußere Bedrohung.

Die dargestellten Kernnarrative stellen Russland als „mindestens ebenbürtigen Gegner dar“ (VPR: 27) und konstruieren die deutsche Militarisierung als defensive, reaktive Antwort. Der Vergleich der Verteidigungsausgaben der NATO und der von Russland sowie eine Betrachtung der längerfristigen Entwicklung deutscher Militärausgaben relativiert beide Kernnarrative jedoch deutlich. 2023, im Erscheinungsjahr der VPR, haben Russlands Militärausgaben weniger als 10 % der Ausgaben der NATO betragen.<sup>13</sup> Selbst unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Kaufkraft lag das Budget der NATO-Staaten sogar ohne die USA im Jahr 2023 noch bei 420 Milliarden US-Dollar, während das von Russland ungefähr 300 Milliarden US-Dollar entsprach. Im Jahr 2024 lagen die NATO-Ausgaben (ohne USA) bereits bei über 500 Milliarden US-Dollar. Auch die Entwicklung des deutschen Verteidigungsetats deutet darauf hin, dass die in den VPR beschriebene Aufrüstung nicht ausschließlich eine Reaktion auf den Ukraine-Krieg darstellt. Der Verteidigungsetat des Bundeshaushalts verzeichnet bereits seit 2013 einen stetigen Anstieg, also bereits vor der vollständigen Invasion der Ukraine. Dies deutet auf eine längerfristige politische Entwicklung hin, die über die Zeitenwende hinausgeht. Der Ukraine-Krieg wird genutzt, um die Aufrüstung als ausschließlich reaktive sowie progressive Entwicklung zu deuten, die dazu dient, die Demokratie zu schützen.

Auffällig ist, dass die in den VPR eigens verwendeten Begriffe von einer Diffusität geprägt sind und dadurch, bewusst oder unbewusst, eigens den reaktiven Charakter der Aufrüstung in Frage stellen. Im Dokument wird primär von einer „Verteidigungsfähigkeit“ gesprochen, was das Narrativ einer reaktiven Aufrüstung im Sinne der wehrhaften Demokratie stützt. Zugleich tritt jedoch der Begriff der „Kriegsfähigkeit“ und „Kriegstüchtigkeit“ vereinzelt auf, der nicht weiter definiert wird und auf eine offensive Rhetorik hinweist. Auch die bereits hervorgehobenen Zitate, die darauf abzielen, eine Auseinandersetzung mit Russland zu „gewinnen“, deuten auf eine konfrontativere Haltung hin.

### 3. Kernnarrativ - Wehrhafte Demokratie als Gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Das dritte Kernnarrativ in den VPR konstruiert die wehrhafte Demokratie als eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bedrohungen seien demnach „mit allen Instrumenten der Integrierten Sicherheit“ zu begegnen, wofür eine „Verzahnung aller relevanten Akteure bereits im Frieden“ erforderlich sei (VPR: 9;14). Diese schließt Staat, Gesellschaft und Wirtschaft gleichermaßen ein.

Dieses Verständnis von Wehrhaftigkeit geht deutlich über eine rein militärische Dimension hinaus und adressiert explizit zivilgesellschaftliche Strukturen. So wird etwa Deutschlands Rolle als internationale „Drehscheibe“ im Falle eines Krieges an der NATO-Außengrenze hervorgehoben. Ebenso wird die gesellschaftliche Etablierung einer „getragenen Veteranen- und Gefallenenkultur“ als „Verpflichtung“ formuliert (VPR: 27). Trotz dieser breiten gesellschaftlichen Rahmung verbleiben Bundeswehr und militärische Mittel als zentrales Instrument zur Erreichung der geforderten Wehrhaftigkeit. Als zentrale Handlungsmaxime wird eine „Kriegstüchtigkeit“ postuliert und Soldat:innen werden positiv hervorgehoben, die „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer“ verteidigen (VPR: 27). Auch Deutschlands Rolle insbesondere in der NATO solle gestärkt werden. In diesem Zusammenhang heben die Richtlinien mehrfach die in Litauen stationierte Bundeswehrbrigade hervor und betiteln diese als „Leuchtturmprojekt der Zeitenwende“ (VPR: 13).

#### Von der Wehrhaften Demokratie zum Operationsplan Deutschland

Die in den VPR formulierte Betonung einer gesamtgesellschaftlichen Wehrhaftigkeit sowie die geforderte Verzahnung von Akteuren aus Staat, Gesellschaft und Wirtschaft bilden einen zentralen konzeptionellen Rahmen, der über die VPR hinaus im 2024 beschlossenen Operationsplan Deutschland (OPLAN) weitergeführt und konkretisiert wird. Insbesondere die wiederholte Hervorhebung Deutschlands als logistische „Drehscheibe“ für verbündete Streitkräfte findet im OPLAN eine operative Ausgestaltung.

Der OPLAN ist ein ca. 1400 Seiten umfassendes Dokument, das „aus Gründen der nationalen Sicherheit“ geheim gehalten wird, wesentliche Elemente lassen sich dennoch aus öffentlichen Quellen erschließen. Eine der wenigen zugänglichen Quellen ist die Broschüre „Operationsplan Deutschland: Eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe“. <sup>14</sup> Bereits der Titel verweist unmissverständlich darauf, dass der OPLAN strategisch an die in den VPR formulierten Zielsetzungen einer gesamtgesellschaftlichen Wehrhaftigkeit anknüpft. Eine genauere Betrachtung des OPLANs ist folglich hilfreich, um die Konsequenzen einer gesamtgesellschaftlichen Wehrhaftigkeit erfassen zu können.

Im Kern geht es im OPLAN um die logistische Vorbereitung Deutschlands auf einen Krieg zwischen der NATO und Russland. <sup>15</sup> Der Plan wurde erstmalig im Jahr 2024

beschlossen, eine aktualisierte Fassung soll Mitte 2026 folgen. Dem Dokument liegt die Annahme zugrunde, dass sich Deutschland bereits in einem „Quasi-Kriegszustand“ befinde, wodurch rechtfertigt wird, zivile Akteure, Strukturen und Organisationen in die Gesamtverteidigung einzubeziehen. <sup>16</sup> Bereits vor dem Eintreten eines formalen „Bündnis-“ oder „Verteidigungsfalls“ sollen auf diese Weise vermeintlich nichtmilitärische Bereiche in eine sicherheitspolitische Infrastruktur inkludiert werden. Zusammengefasst wird dieses Vorhaben unter dem Stichwort der sogenannten zivil-militärischen Zusammenarbeit, welche in den VPR bereits angedeutet wird und das Ziel einer gesamtgesellschaftlichen Wehrhaftigkeit konkretisiert.

Deutschlands Rolle innerhalb der NATO steht im OPLAN in besonderem Fokus: Während die Bundesrepublik im Kalten Krieg die Funktion eines Frontstaats innehatte, wird ihre Bedeutung heute über ihre „geostrategische Lage“ als „Drehscheibe der NATO in der Mitte Europas“ definiert. Die Rolle der Frontstaaten kommt heute insbesondere den baltischen Staaten und Polen zu. Deutschlands zentrale Funktion als Drehscheibe besteht demgegenüber darin, den Aufmarsch, die Verlegung und den Nachschub von Truppen, die aus Westeuropa oder Nordamerika kommen, beispielsweise aus Frankreich, Großbritannien oder den USA, über deutsches Territorium in Richtung der NATO-Ostfront zu verlagern. Um die damit verbundenen logistischen Herausforderungen zu bewältigen, hat die Bundeswehr ihre Beziehungen zu Unternehmen sowie zivilen Akteuren intensiviert. Dazu gehören Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall, das bei der NATO-Teilübung „Steadfast Defender“ bereits Aufgaben als ziviler Sicherheitsdienst übernommen hat. Darüber hinaus wurden auch mit Logistikkonzernen wie DHL oder



**Krieg mit anderen Mitteln**

Hybride Kriegsführung und ihre Folgen für Demokratie und Menschenrechte

15. Juli 2026  
Tagungszentrum Hohenheim

Ausschnitt aus einem Flyer zu einer von der Landeszentrale für politische Bildung geförderten Veranstaltung zu "hybrider Kriegsführung", Quelle: [https://www.akademie-rs.de/fileadmin/akademie/pdf/faltblatt/26285\\_programm.pdf](https://www.akademie-rs.de/fileadmin/akademie/pdf/faltblatt/26285_programm.pdf)

Hermes Rahmenverträge abgeschlossen, um Militärtransporte abzuwickeln. Auch die Fluggesellschaft Lufthansa arbeitet mit der Bundeswehr zusammen und beteiligt sich neben logistischer Unterstützung an der Ausbildung von Piloten sowie der Instandhaltung, Wartung und Reparatur von Flugzeugen und weiteren technischen Komponenten.

17 18

Besonders deutlich wird das Ausmaß der zivil-militärischen Zusammenarbeit im Gesundheitswesen und im Bereich der Infrastruktur. Im OPLAN wird neben der Verlegung von Truppen an die Ostfront ebenfalls die Rückverlegung verletzter Soldat:innen nach Deutschland geplant, um diese behandeln zu können. Das Gesundheitswesen wird damit explizit als Teil der Gesamtverteidigung adressiert. Die Bundeswehr selber geht im Kriegsfall von bis zu 1.000 verwundeten Soldat:innen pro Tag aus, deren Behandlung erhebliche Kapazitäten in Anspruch nehmen würde. Die Behandlung verletzter Soldat:innen hätte dabei Vorrang vor zivilen Patient:innen.

Auch die zivile Infrastruktur wird im OPLAN systematisch auf militärische Anforderungen ausgerichtet. Damit Deutschland seiner Rolle als logistische Drehscheibe gerecht werden kann und Truppen und Material über deutsches Territorium an die Ostfront verlegt werden können, müssen Straßen, Brücken, Häfen sowie Flughäfen für den Transport schwerer Militärfahrzeuge nutzbar gemacht werden. Autobahnen könnten in diesem Zusammenhang verbreitert und modernisiert werden, um im Bedarfsfall auch als alternative Landebahn für Flugzeuge zu dienen. Ebenfalls wird die Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn verstärkt, um das Schienennetz auf Transportaufgaben vorzubereiten. Die sogenannte „Dual-Use“-Infrastruktur, also die Nutzung ziviler Infrastruktur für sowohl zivile als auch militärische Zwecke, war bereits während des Kalten Krieges in Deutschland etabliert und erfährt durch den OPLAN erneut verstärkte Aufmerksamkeit.<sup>19</sup> Darüber hinaus regelt der OPLAN die Nutzung von Raststätten, Parkplätzen, Sporthallen und Großküchen, die im Ernstfall als Feldlager, Versorgungsstätte oder Unterkünfte dienen

sollen. Da aktive Soldat:innen im Kriegsfall überwiegend an die Front entsandt werden, sollen neben Reservist:innen auch Zivilist:innen für verschiedene Versorgungstätigkeiten einbezogen werden. Beispielsweise im Auf- und Abbau von Feldlagern, beim Tanken und Warten der Fahrzeuge sowie bei der Versorgung und dem Bekochen von Soldat:innen.

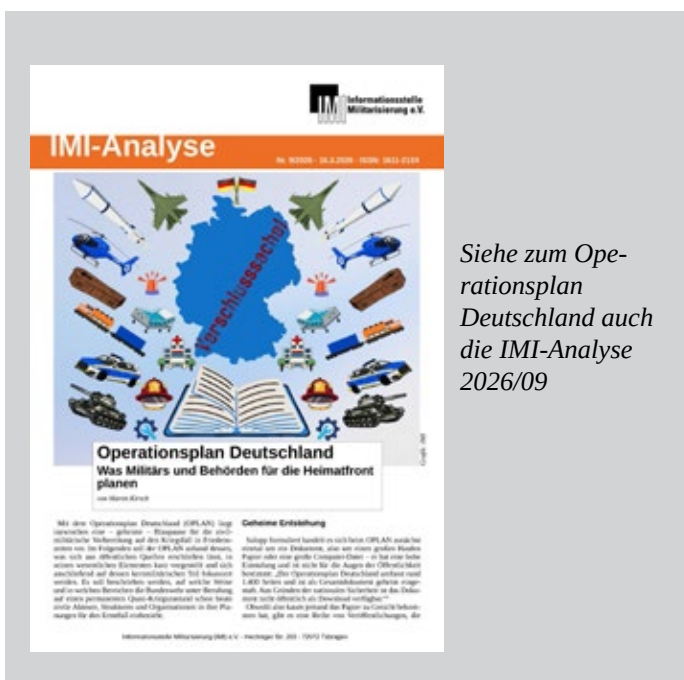
Die praktische Umsetzung dieser Planungen wird bereits in verschiedenen Militärübungen erprobt. Im September 2025 wurde im Rahmen der Militärübung „Red Storm Bravo“ in Hamburg die Ankunft von Truppen und Material am Hamburger Hafen sowie deren reibungslose Verlegung an die Front simuliert. Gemäß dem Ziel der zivil-militärischen Zusammenarbeit waren neben der Bundeswehr auch die Polizei, die Hamburger Agentur für Arbeit und Hamburger Logistikunternehmen involviert. Geübt wurde unter anderem die Durchsetzung des Arbeitssicherungsgesetzes aus dem Jahr 1968, das im Kriegsfall die Verpflichtung von Zivilist:innen zu bestimmten Tätigkeiten ermöglicht. Auch die Verhinderung und Zerschlagung zivilen Protests waren Teil der Übung.

Die Analyse des OPLAN verdeutlicht, dass die in den VPR formulierte gesamtgesellschaftliche Wehrhaftigkeit über eine diskursive Legitimationsfunktion hinausgeht und eine konkrete institutionelle und operative Ausgestaltung stattfindet. Ziel beider Dokumente ist es, die Bedrohungsanalyse der Bundeswehr auf andere staatliche Institutionen sowie auf die Zivilgesellschaft auszuweiten. Damit wird die Trennung zwischen ziviler und militärischer Sphäre aufgeweicht und eine sicherheitspolitische Durchdringung gesellschaftlicher Bereiche vorangetrieben.

**Fazit**

Diese Studie hat dazu beigetragen, anhand der VPR 2023 den Begriff der wehrhaften Demokratie wissenschaftlich zu untersuchen. In Anbetracht der wachsenden Beliebtheit des Begriffs in medialen sowie außenpolitischen Diskursen ist dies von hoher Relevanz. Die Ergebnisse dieser Studien bestätigen eine Institutionalisierung des Begriffs sowie eine zunehmende Etablierung als zentrales außenpolitisches Paradigma. Wehrhaftigkeit wird in den VPR als übergeordnetes Ziel formuliert, das über militärische Strukturen hinausgeht und einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz verfolgt. Anhand der drei identifizierten Kernnarrative, der Konstruktion einer äußeren Bedrohung, der Alternativlosigkeit militärischer Aufrüstung sowie der Wehrhaftigkeit als gesamtgesellschaftlicher Aufgabe wurde darüber hinaus verdeutlicht, dass der Begriff eine zentrale Legitimationsfunktion für die deutsche Aufrüstung einnimmt und als argumentativer, normativer Überbau und Referenzpunkt dient.

Übergreifend verdeutlichen die Ergebnisse, dass der Begriff der wehrhaften Demokratie im Kontext der Zeitenwende eine neue Bedeutung erfährt. Während er historisch als verfassungsrechtliches Schutzinstrument gegen innere Bedrohungen – faktisch richtete es sich primär gegen Linke – konzipiert war, fungiert er nun als außen- und sicherheitspolitisches Paradigma, das militärische Aufrüstung



Siehe zum Operationsplan Deutschland auch die IMI-Analyse 2026/09

durch den Demokratiebegriff als defensive Maßnahme legitimiert. Beiden Begriffsverständnissen ist gemein, dass auf eine Ausweitung staatlicher Macht abgezielt wird. Ausgangspunkt ist eine externe bzw. interne Bedrohung, für deren Verteidigung der Staat außerordentliche Regelungen erlässt. Legitimiert wird dies ebenfalls dadurch, dass postuliert wird, progressive und demokratische Werte zu schützen. Das in den VPR postulierte Verständnis von Wehrhaftigkeit jedoch trägt zu einem neorealistischen Sicherheitsverständnis bei, welches militärische Mittel als wichtigstes Werkzeug zum Erhalt „unserer Sicherheit“ ansieht. Die Ergebnisse dieser Arbeit verdeutlichen, dass die zentrale Funktion des Begriffs in der diskursiven Legitimierung militärischer Aufrüstung liegt.

Die postulierte gesamtgesellschaftliche Wehrhaftigkeit wird durch den OPLAN institutionell verdichtet und konkreten Planungslogiken unterworfen. Die öffentlich zugänglichen Ergebnisse des OPLAN sowie die formulierten Ziele der VPR verdeutlichen, dass sich die außenpolitische Zeitenwende auch im Inneren niederschlägt und vermeintlich nicht-militärische Bereiche einer staatlichen Sicherheitslogik unterzogen werden.

Diese Studie soll einen Beitrag zur kritischen Analyse staatlicher Legitimationsstrategien sowie der fortschreitenden Militarisierung leisten. Die Ergebnisse zeigen, dass die dominante Darstellung Deutschlands als ausschließlich reaktiver, defensiver Akteur zu kurz greift und die politischen, ökonomischen und machstrategischen Dimensionen deutscher Aufrüstung ausblendet. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff der wehrhaften Demokratie erscheint auch notwendig, um Alternativen jenseits militärischer und staatlicher Logiken sichtbar zu machen.

## Anmerkungen

- 1 Bundesministerium der Verteidigung (BMVg): NATO-Gipfel 2025: Historischer Beschluss zu Verteidigungsausgaben der Allianz, 25.6.2025, <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/nato-gipfel-2025-historischer-beschluss-verteidigungsausgaben-5952094>.
- 2 Deutscher Bundestag: Merz: Bundeswehr soll „konventionell zur stärksten Armee Europas“ werden, 14.5.2025, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw20-de-regierungserklaerung-merz-1064956>.
- 3 Die Bundesregierung: Rede des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Peter Struck, 20.12.2002, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-des-bundesministers-der-verteidigung-dr-peter-struck—784328>.
- 4 Armin Papperger (im Interview mit Caspar Busse und Thomas Fromm): Wir haben von allem zu wenig (C. Busse & T. Fromm), 10.5.2022, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/rheinmetall-papperger-bundeswehr-1.5581368>.
- 5 Carlo Marsala: Ich will eine wehrhafte Demokratie, 9.10.2022, <https://taz.de/Carlo-Masala-ueber-die-Bundeswehr!/5884220/>.
- 6 Bundesministerium des Innern (BMI): Neue Verteidigungspolitische Richtlinien fordern kriegstüchtige Bundeswehr, 9.11.2022, <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/verteidigungspolitische-richtlinien-2023-veroeffentlicht-5701338>.
- 7 Dietmar Schössler: Was heißt „wehrhafte Demokratie“? - Zur sozial- und politikwissenschaftlichen Betrachtung eines Topos, in: I.-J. Werkner (Hrsg.): Die Wehrpflicht und Ihre Hintergründe: Sozialwissenschaftliche Beiträge Zur Aktuellen Debatte (S. 87–108), VS Verlag für Sozialwissenschaften GmbH (2004).
- 8 Jens Hacke: Wehrhafte Demokratie: Vom Wesen und Wert eines schillernden Konzepts, Aus Politik und Zeitgeschichte, 74. Jahrgang(9–11), 25–31 (2024).
- 9 Alexander Hensel, Greta Jasser: Weckruf für die wehrhafte Demokratie? Zu den Massenprotesten gegen den „Masterplan“ zur „Remigration“, Rechtsextremismus und die AfD, in: Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEX) (Hrsg.): Demokratie-Dialog: Werkstattbericht FoDEX (S. 60–69), Göttingen University Press (2024).
- 10 Viktor Volkman: Meinungsfreiheit für die Feinde der Freiheit? Meinungsäußerungsdelikte zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung als Instrumente der wehrhaften Demokratie, Duncker & Humblot (2019).
- 11 Hendrik Hegemann: Innere Zeitenwende? Die wehrhafte Demokratie in der Nationalen Sicherheitsstrategie, in: H. Janusch & T. Dörfler (Hrsg.): Integrierte Sicherheit für Deutschland? (S. 71–88), Nomos Verlagsgesellschaft (2025).
- 12 Theo van Leeuwen: Discourse and Practice: New Tools for Critical Analysis, Oxford University Press (2008).
- 13 Christopher Steinmetz, Herbert: Wulf Wann ist genug genug? Ein Vergleich der militärischen Potenziale der NATO und Russlands, Greenpeace (2025), [https://www.greenpeace.de/publikationen/Kraeftevergleich\\_NATO-Russland.pdf](https://www.greenpeace.de/publikationen/Kraeftevergleich_NATO-Russland.pdf).
- 14 Operatives Führungskommando Bundeswehr: Operationsplan Deutschland: Eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, September 2025, <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/5920008/5eb62255741addec3f38d49a443d0282/booklet-operationsplan-deutschland-data.pdf>.
- 15 Bundeswehr: Operationsplan Deutschland, (ohne Datumsangabe, Abgerufen am 20.4.2026), <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/operatives-fuehrungskommando-der-bundeswehr/auftrag-und-aufgaben/operationsplan-deutschland>.
- 16 Martin Kirsch: Operationsplan Deutschland: Was Militärs und Behörden für die Heimatfront planen, IMI-Analyse 2026/09, in: AUSDRUCK (März 2026), <https://www.imi-online.de/2026/03/16/operationsplan-deutschland-2/>.
- 17 Jörg Kronauer: Gesellschaft, bei Fuß!, 31.1.2026, <https://www.jungewelt.de/artikel/516659.militarisierung-gesellschaft-bei-fu%C3%9F.html>.
- 18 Jens Koenen, Christoph Schlautmann: NATO-Drehscheibe – Bundeswehr ruft Logistikkonzerne zu Hilfe, 22.4.2025, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/verteidigung-nato-drehscheibe-bundeswehr-ruft-logistikkonzerne-zu-hilfe/100116242.html>.
- 19 Bertrand Benoit: Germany’s Secret Plan for War With Russia, 26.11.2025, <https://www.wsj.com/world/europe/germany-russia-war-nato-secret-plan-8ce43a8d>.

# ANTI MILITARISMUS BLEIBT NOTWENDIG



**Wir haben was gegen Aufrüstung & Sozialabbau. Du auch? Tiefgehende Recherchen, knackige FactSheets, Kontexte & Standpunkte - schon immer ohne Paywall und kostenlos zum Download auf [imi-online.de](http://imi-online.de) und auf Social Media. Findest Du gut? Werde jetzt Mitglied! Antimilitarismus braucht Analysen! IMI braucht Euch!**

## Information

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.  
Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:  
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:  
**Informationsstelle  
Militarisierung (IMI) e.V.  
Hechingerstr. 203  
72072 Tübingen**

Telefon: 07071/49154  
Fax: 07071/49159  
e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)  
web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.

